

Biologischer Kaffeeanbau auf Demobilisierten-Finca

Die Preise auf dem internationalen Kaffeemarkt sind im Keller (siehe ¡Fijáte! 232), die Auswirkungen auf die vom Kaffeeanbau abhängigen guatemaltekischen BäuerInnen und Bauern fatal. Auf der Finca Santa Anita in der Nähe von Colomba, Quetzaltenango, leben 37 Familien ehemaliger KämpferInnen der URNG. Die Realisierung ihres Traumes, auf dem eigenen Land selbstbestimmt zu arbeiten, gestaltet sich schwierig angesichts der Schulden, die auf der Finca lasten und den schlechten Preisen, die sie für ihren Kaffee bekommen. Im folgenden Artikel erzählt Lázaro Eulalio Ventura Velásquez, Vorsitzender der Kooperative Santa Anita, von den Problemen, mit denen das Projekt konfrontiert ist und vom Bestreben der Kooperative, auf biologischen Kaffeeanbau umzustellen, um so Zugang zum sog. fairen Handel zu bekommen.

Eigentlich kamen wir unter Druck hierher, weil wir nach Unterzeichnung der Friedensabkommen nicht länger in der Demobilisiertenherberge bleiben konnten. Wir hatten nicht genügend Zeit, um eine wirklich gute Finca zu suchen, deren Boden in einem guten Zustand, und die betriebsbereit gewesen wäre. Unter diesem Druck und auch, weil wir selber das Bedürfnis hatten, endlich einen Ort zum Leben und Arbeiten zu haben, entschieden wir uns für die Finca Santa Anita in der Nähe von Colomba, Quetzaltenango. Von ihrer Lage her ist die Finca ausgezeichnet, aber andere Kriterien wurden eindeutig zuwenig genau angeschaut.

Für den Kauf der Finca bekamen wir vom guatemaltekischen Landfonds (FONTIERRA) ein Darlehen über 2'170'500 Quetzales (rund 300'000 US-\$), das wir innerhalb von 10 Jahren (inkl. Zinsen) zurückbezahlen müssen. Dabei wurde uns ein Jahr Fristerstreckung (*Gracia*) gewährt, das heisst, wir mussten erst im zweiten Jahr mit der Rückzahlung des Kredites beginnen.

Als uns die Finca Santa Anita übergeben wurde, stellte uns ein Unternehmen eine Art ‚Haushaltsbudget‘ auf, das über die zehn Jahre hinweg reicht, in denen wir das Darlehen zurückzahlen müssen. Genauso wurde es auch auf den andern Demobilisierten-Fincas (Nuevos Horizontes im Petén und El Progreso in Suchitupéquez, die Red.) gemacht. Wenn wir nun nach vier Jahren eine Zwischenbilanz ziehen, sieht das Ergebnis überall gleich aus: Es ist schlicht unmöglich, das Geld innerhalb der Zehnjahresfrist zurückzuzahlen. Unmöglich einerseits wegen der Höhe des Betrags und zum andern, weil alle diese Fincas während Jahren nicht bearbeitet wurden und jetzt erst eine Anlaufzeit brauchen, um wieder Gewinn abzuwerfen.

Seit letztem Jahr sind wir dabei, gemeinsam mit den anderen beiden Demobilisiertenfincas mit der Regierung einen neuen Rückzahlungsmodus für die Darlehen auszuhandeln, da wir es nie schaffen werden, die Fristen einzuhalten.

Im ersten Jahr konnten wir uns keine Löhne auszahlen und hatten ausserdem eine sehr schlechte Ernte. Im zweiten Jahr begann dann das Programm der Europäi-

schen Union (EU), das Programm PAREC, das Wiedereingliederungsprojekte für demobilisierte KämpferInnen finanziert. So begannen wir, mit einem zweiten Kredit zu arbeiten. Wir mussten einen Jahres-Arbeitsplan aufstellen und gemäss diesem Plan erhalten wir nun Geld von PAREC. Ein Teil dieses Geldes sind Schenkungen, aber der grösste Teil sind ebenfalls Darlehen, die wir zurück zahlen müssen. Immerhin ist im Projekt von PAREC auch die Auszahlung von Löhnen enthalten. Im Moment können wir uns einen Lohn von 17.50 Quetzales (2.3 US-\$ pro Tag) ausbezahlen.

Wir müssen die Finca von Grund auf neu bewirtschaften. Wir haben einen genauen Arbeitsplan aufgestellt, wie oft und wann wir düngen müssen, wie oft und wann wir dieses oder jenes machen müssen. Doch wir konnten diesen Plan nicht einhalten. Was das Düngen betrifft, hatten wir kein Geld, um Düngemittel zu kaufen. Wir hatten Probleme mit der Europäischen Union, denn wir bekommen von ihr das Geld nicht rechtzeitig ausbezahlt. Wir müssten jetzt, in diesem Monat düngen, aber wenn sie uns das Geld erst in zwei oder drei Monaten schicken, nützt es uns nichts mehr. Wir brauchen einen Kredit für das Roden und Jäten des Geländes, weil diese Arbeit jetzt ansteht. Aber wenn sie uns das Geld erst in zwei Monaten geben, sind unsere Kaffeepflanzen von Unkraut überwachsen.

2001 ist auch bereits das letzte Jahr, in dem wir mit der Unterstützung von PAREC rechnen können, danach ist das Projekt abgeschlossen. Danach stehen wir mit der zusätzlichen Schuld an PAREC da und mit der Sorge, wie wir uns in Zukunft die Löhne bezahlen sollen.

Die Fläche des kultivierbaren Landes von Santa Anita beträgt 986 *cuerdas* (400'000 km²). Pro *cuerda* rechneten wir mit einer Ernte von einem Quintal Kaffee (46.01 kg), das heisst, wir hätten im ersten Jahr 986 Quintales ernten sollen. Dem war aber nicht so, wir ernteten bloss 176 Quintales Kaffee *pergamino* (Pergamino ist die innere Kaffeeschale. In *pergamino* wird der Kaffee getrocknet und exportiert, die Red.) Den Er-

lös dieser ersten Ernte haben wir auf ein Bankkonto einbezahlt und dies ist unser bisschen Reserve, die wir anbrauchen werden, wenn wir bald keine finanzielle Hilfe mehr erhalten. Im zweiten Jahr ernteten wir dann zehn Quintales mehr.

Im dritten Jahr hingegen hatten wir eine verhältnismässig gute Kaffeernte. Nicht so gut wie wir es uns erhofft hatten, aber immerhin war die Ernte dreimal so gross wie im Jahr zuvor. Aber es ist, als wenn wir nichts geerntet hätten, weil der internationale Kaffeepreis so niedrig ist. Wir müssten dieses Jahr 300'000 Quetzales des Kredites zurückzahlen, aber die Ernte hat uns nicht einmal 200'000 Quetzales eingebracht.

Es war überhaupt sehr schwierig für uns, uns hier einzuleben. Vor kurzem erst von den Bergen (vom Krieg) zurückgekehrt, waren viele Leute von uns noch voller Sorgen, weil sie z.B. ihre Familien nicht fanden, weil kein Geld da war, um Kleider zu kaufen, weil ein Kind erkrankt war und kein Geld für Medikamente da war, weil man (endlich!) auf der Suche nach einer Partnerin oder einem Partner war. Alle diese Sorgen lasteten auf uns. Dazu kam die Arbeit auf dem Land. Nach so vielen Jahren Umgang mit dem Gewehr mussten wir uns erst wieder an die Arbeit mit der *Machete* gewöhnen. Und zu unserem Unglück trafen wir hier einen reinen Urwald an, alles war überwuchert.

Zur gleichen Zeit mussten wir mit dem Hausbau beginnen und uns um die Installation des Wassers kümmern. Dies ist ein nach wie vor ungelöstes Problem, unsere Wasserfassung ist ziemlich weit vom Dorf weg und das Wasser muss hochgepumpt werden. Allein die Wartung dieser Pumpe und der Wasserleitungen ist ein voller Job für eine Person.

Wir hatten also Berge von Arbeit vor uns. Anfänglich haben wir alle zusammen im ehemaligen Haus des Besitzers gelebt. Es war aber zu eng hier, als dass alle ihre Familien hätten hierher holen können und wir gaben dem Hausbau auf Kosten der Landwirtschaft Priorität. Einzig mit der Lebensmittelunterstützung die wir von den internationalen Organisationen bekommen, überlebten wir das erste Jahr.

Manchmal fühlen wir uns etwas betrogen von den Leuten der URNG, die für uns die Verhandlungen mit FONTIERRA geführt haben. Wie konnten sie sich mit diesem Kaufpreis einverstanden erklären? Weshalb haben sie nicht an die Konsequenzen gedacht, die wir jetzt tragen müssen?

Es gibt viele Dinge, die uns erst jetzt bewusst werden und die bei den Verhandlungen hätten berücksichtigt werden müssen, z.B. die Sache mit dem Wasser. Und an vielen dieser Sachen stören wir uns und ärgern uns über die Leute, die die Verhandlungen für uns geführt haben. Viele von ihnen sind keine Campesinos sondern IngenieurInnen oder AgronomInnen. Sie haben vieles nicht in ihre Überlegungen miteinbezogen, und dabei haben sie mit ihren eigenen Augen gesehen, wie die Situation hier ist. Wir wissen auch nicht, wie sie auf den Kaufpreis gekommen sind. Wir haben für diese Finca 2'062'500 Quetzales (275'000 US-\$) bezahlt und das ist sie definitiv nicht wert im dem Zustand, wie wir sie übernommen haben. Da ist es nur logisch, wenn man misstrauisch wird und sich überlegt, ob es da nicht vielleicht auf unsere Kosten noch ein Zwischengeschäft gegeben hat.

Ein anderes Problem, das wir haben, ist, dass das Land nicht auf den Namen der Kooperative eingetragen ist, sondern auf die Namen der 35 Mitglieder. Tatsache ist aber, dass von den 35 ursprünglichen Mitgliedern nicht mehr alle hier leben oder gar nie hier gelebt haben. Im Moment sind es 37 Familien, die hier leben. Diverse Zahlungen von Krediten verzögern sich nun, da nicht klar ist, an wen ausbezahlt wird: Ob an die eingeschriebenen Mitglieder auch wenn sie nicht hier leben oder an diejenigen, die hier leben. Dies ist eine Sache, die wir unbedingt klären müssen, denn sonst haben wir früher oder später ein legales Problem.

Die Leuten machen sich grosse Sorgen wegen der Schuld, die auf der Kooperative lastet. Sie sagen, das Jahr Fristerstreckung (*Gracia*) ist vielmehr Unglück (*Desgracia*), weil sich in diesem Jahr die Zinsen trotzdem aufhäufelten. Unsere Forderung an die Regierung ist, dass sie uns vier Jahre Frist gewähren. Seit einem Jahr sind wir mit dieser Forderung in Verhandlung, doch wir haben bis heute keine Antwort erhalten. Die Frage, die wir uns hier alle stellen ist: Gehört die Finca uns, gehört sie der Bank oder gehört sie der Europäischen Union?

In den drei Jahren die wir nun hier sind, hat sich die Finca stark verändert. Wir haben mit der Technifizierung begonnen. Eigentlich hatten wir vor, auf chemischer Basis zu arbeiten. Das war Teil des erwähnten Arbeitsplanes. Doch weil wir diesen nicht einhalten konnten, und weil wir kein Geld hatten, Düngemittel und Insektizide zu kaufen, entschieden wir

letztes Jahr, gänzlich auf chemische Produkte zu verzichten und einen biologischen Kaffee zu produzieren. Im Moment sind wir z.B. dabei, ein Düngemittel aus Asche und der *pulpa* (Schale) von Kaffeebohnen 'anzusetzen'. Natürlich müssen wir den biologischen Kaffeeanbau erst lernen aber zum Glück ist der Ingenieur, der unse von der Regierung zur Seite gestellt wurde, um uns zu helfen, die Finca wieder in Schwung zu bringen, sehr interessiert an dieser Methode und unterstützt uns dabei.

Für den organisch angebauten Kaffee wird von den Grosshändlern etwas mehr bezahlt. Wir müssen aber zuerst das Gütesiegel erhalten, das bezeugt, dass unser Kaffee wirklich biologisch ist. Unser Ziel ist es, in den 'fairen Handel' einzusteigen. Das ist ein ziemlich bürokratischer Prozess und ehrlich gesagt, haben wir keine Erfahrung in der Vermarktung und sind auch in dieser Beziehung auf die Unterstützung von Aussen angewiesen. Ein weiteres Problem ist, dass unsere Infrastruktur, der Hof, auf dem wir die Kaffeebohnen trocknen und unsere Trocknungsanlage nicht den Standards entsprechen, die solche Organisationen voraussetzen. Mit unserer Infrastruktur können wir leider nicht die beste Kaffequalität garantieren. Aber eigentlich wir rechnen uns gute Chancen aus, das Bio-Label zu bekommen, weil die Finca über Jahre hinweg nicht bearbeitet wurde und sich in dieser Zeit die Erde erholen konnte. Stellt Euch vor, es gäbe bei Euch 'Demobilisierten-Kaffee' aus Guatemala zu kaufen, das wäre doch toll!

Neben der Kaffeepflanzung haben wir auch eine Bananenplantage. Ausserdem hoffen wir, diesen Monat mit einem Hühnerprojekt beginnen zu können. Wir haben schon die ganzen Installationen, wir müssen nur noch eine Wasser- und eine Stromleitung ziehen.

Ebenfalls haben wir eine kleine Honigproduktion, aber im Moment haben wir Probleme mit den Bienen. In dieser Gegend besprüht Moscamed (staatliches Programm zur Bekämpfung von Schädlingen und Seuchen in Monokulturen, die Red.) regelmässig ganze Gebiete mit Gift, unter dem Vorwand, Schädlinge zu bekämpfen. Wir wollen etwas dagegen unternehmen, dass sie unser Land besprühen, denn abgesehen davon, dass dies unseren Bienen schadet, ist es auch nicht gut für den organischen Kaffee und wer weiss, welche Auswirkungen das Gift auf die Menschen hat!

Cumaraswamy besucht erneut Guatemala

Guatemala, 17. Mai. Der UNO-Sonderbeauftragte für die Unabhängigkeit von Justizwesen und AnwältInnen, Param Cumaraswamy, insistierte bei der guatemalteckischen Regierung, die Empfehlungen des Berichtes den er anlässlich seines Besuches vom August 1999 verfasst hatte, einzuhalten, und ihren Willen zu demonstrieren, etwas gegen die Straffreiheit zu unternehmen.

Cumaraswamy weilte vom 9. bis 12. Mai zu einem Folgebesuch in Guatemala, wo er sich erneut mit VertreterInnen der Regierung, der Nichtregierungsorganisationen und Angehörigen des Justizwesens traf. Eine erste Zwischenbilanz zog der UNO-Sonderbeauftragte anlässlich einer Pressekonferenz:

"Ich konnte bei meinem diesjährigen Besuch feststellen, dass einige meiner Empfehlungen ernst genommen und umgesetzt werden, die meisten jedoch nicht", erklärte Cumaraswamy. Als positiv bezeichnete er folgende vom Staat umgesetzte Massnahmen:

Anfangs des Jahres 2000 wurde von der Regierung die Nationale Kommission zur Begleitung und Unterstützung der Stärkung des Justizwesens gebildet. Eine ihrer Aufgaben ist, die Umsetzung der Empfehlungen Cumaraswamy's zu überwachen.

Es wurde eine Kommission gebildet zur Ausarbeitung eines Gesetzes über die juristische Ausbildung.

Im Februar 2001 wurde ein spezieller Staatsanwalt dazu bestimmt, die Fäl-

le von Drohungen gegen AnwältInnen und RichterInnen zu untersuchen. Den bedrohten RichterInnen wurde Schutz gewährleistet.

Die RichterInnen haben heute bessere Kenntnisse über die Anwendung der Menschenrechte und die von Guatemala unterzeichneten internationalen Menschenrechtsabkommen.

Zu den negativen Aspekten, die Cumaraswamy aufzählte, gehören:

Die Zunahme von Drohungen gegen RichterInnen und AnwältInnen innerhalb der letzten fünfzehn Monate.

Zwischen Oktober 2000 und Februar wurden sieben AnwältInnen ermordet. Den Lynchmord an Alvaro Hugo Martínez Pérez, Richter von Senahú, der am 13. März von einer aufgebracht Menschenmenge umgebracht wurde, bezeichnete Cumaraswamy als direkten Angriffes auf den guatemalteckischen Rechtsstaat.

Alle Personen, unabhängig ihrer Herkunft und unabhängig davon, welchen Deliktes sie angeklagt sind, haben Anrecht auf einen rechtmässig geführten Prozess, vor einem unabhängigen

und unparteilichen Gericht. Die Unabhängigkeit der RichterInnen ist ein Recht, das alle GuatemalteckInnen interessieren sollte und dessen Einhaltung besondere Aufmerksamkeit gebührt.

Die Straffreiheit geht weiter, ohne dass ihr etwas entgegengesetzt wird. Der Eindruck ist verbreitet, dass die Regierung kein politisches Interesse hat, dieses Problem anzugehen. Es kann nicht angehen, dass die Regierung das Problem der Straffreiheit einfach an die Gerichte weiterdelegiert. Die Regierung muss öffentlich zeigen, dass sie mit diesem soziale Problem beschäftigt ist, ansonsten verliert sie ihre Glaubwürdigkeit, führte der UNO Sonderbeobachter Param Cumaraswamy aus.

Auf die Frage aus dem Publikum, ob es Sanktionen gegen die guatemalteckische Regierung geben könne, wenn die von Cumaraswamy abgegebenen Empfehlungen nicht eingehalten werden, erklärte dieser, seine Aufgabe sei es nur, die Regierung zur Einführung und Umsetzung dieser Empfehlungen anzuhalten. Die Verhängung von Sanktionen liege nicht in seiner Gewalt.

Capitán Hernán verhaftet

Guatemala, 23. Mai. Jaime Aurelio Tun Luch, alias Capitán Hernán, ehemaliges Mitglied der ORPA, wurde von der zivilen Nationalpolizei (PNC) verhaftet. Gegen ihn bestand ein Haftbefehl wegen mutmasslicher Beteiligung am Massaker in der Gemeinde Aguacate, Chimaltenango im Jahre 1989. Der Haftbefehl datiert aus dem Jahre 1990 und nebst der Beteiligung am Massaker wird Capitán Hernán des Völkermordes, Entführung und der Zugehörigkeit zu einer illegalen Gruppierung beschuldigt.

Der Verhaftete wurde zu einer ersten Einvernahme vor das "Gericht für Drogenhandel und Delikte gegen die Umwelt" in Chimaltenango gebracht.

Der Ex-Guerillero zeigte sich erstaunt über die Verhaftung und versicherte, er habe nichts mit diesem Massaker zu tun. Die einzigen, die zu diesem Thema etwas aussagen könnten, seien seine früheren Vorgesetzten innerhalb der ORPA, Rodrigo Asturias alias Gaspar Ilom, Pedro Palma Lau alias Comandante Pancho, heutiger Direktor von CONTIERRA oder Luis Antonio Santa Cruz alias Comandante Santiago.

Ricardo Marroquín, ebenfalls Ex-Kommandant der ORPA und heutiger Direktor des Sekretariats für administrative Belange und Sicherheit (SAAS), der sich im Aufbau befindenden Nachfolgeorganisation des Präsidialen General-

stabs (EMP), erklärte, Tun Luch besetze einen administrativen Posten in seiner Institution. Bevor er eingestellt worden sei, habe man sein Strafregister geprüft, wo nichts von einem Haftbefehl gegen ihn vermerkt war, sagte Marroquín. Auch er zeigte sich erstaunt über die Verhaftung seines Angestellten, um so mehr, als dieser eigentlich durch das Nationale Versöhnungsgesetz geschützt sein sollte.

Sowohl VertreterInnen der Myrna Mack-Stiftung wie auch Frank LaRue vom Menschenrechtszentrum CALDH bezeichneten die Verhaftung von Comandante Hernán als einen politischen Akt. Wenn der Haftbefehl aus dem Jahre 1990 stamme, sei es erstaunlich, dass er erst jetzt ausgeführt werde.

Auch der Anwalt Mario Salvador Jiménez, Vertreter der Witwen, die im Fall des Massakers von Aguacate die Anklage einreichten, zeigte sich erstaunt. Tun Luch habe nie unter den Verdächtigen figuriert. Vielmehr würde die Verantwortung Asturias und Palma Lau angelastet.

Nach vierstündiger Einvernahme wurde Capitán Hernán am 25. Mai vorläufig wieder freigelassen. Ob das Nationale Wiederversöhnungsgesetz auf ihn angewendet wird, entscheidet das Appellationsgericht zu einem späteren Zeitpunkt.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehn-

täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Verurteilung Kubas in Genf zieht Kreise

Guatemala, 23. Mai. Der kubanische Staatschef Fidel Castro reagierte gelassen auf die Verurteilung (die auch Guatemala mitunterzeichnete) wegen Menschenrechtsverletzungen durch die UNO-Menschenrechtskommission. Dafür wurden an den Aktivitäten zum 1. Mai in Kuba verschiedene Pappfiguren mitgetragen, mit den verzerrten Zügen der Regierungsoberhäupter einiger Staaten, die in Genf gegen Kuba stimmten.

Bezüglich Guatemala erklärte Castro, würden weder die kubanischen ÄrztInnen abgezogen noch müssten die guatemalteken StudentInnen, die mit einem Stipendium in Havanna studieren, nach Hause zurückkehren.

In Guatemala jedoch löste die Geschichte um die Stimmabgabe gegen Kuba eine Staatskrise aus. Die offizielle Erklärung lautete, Guatemala habe sich gegen Kuba ausgesprochen, weil Kuba die Auslieferung von drei guatemalteken StaatsbürgerInnen verweigere. Diese Erklärung wurde jedoch von der Presse als 'ein beschämender Ausweg des Schwachen' bezeichnet, als einige Tage später ganz andere Informationen an die Öffentlichkeit drangen:

Laut dem kubanischen Kanzler, Felipe Pérez Roque, hat der guatemalteke Präsident Portillo Ende März präzise Angaben an seine Delegation nach Genf geschickt, sich der Stimme zu enthalten, falls eine entsprechende Resolution gegen Kuba eingereicht würde.

Einen Monat zuvor hatte Portillo einen Brief an Fidel Castro geschickt, in dem es hiess: "Wir Guatemalteken sind stolz darauf, dass Kuba und unser Land Hand in Hand ein einziges, gemeinsames Ziel verfolgen: Das Wohlergehen

aller LateinamerikanerInnen. Es ist erfreulich, *Señor Presidente*, dass die Grosszügigkeit und Freundlichkeit unserer beiden Völker es erlauben, unsere bilateralen Beziehungen auszubauen, die jeden Tag stärker, intensiver und vielversprechender sind". Noch zwei Tage vor der Abstimmung in Genf, die zur Verurteilung Kubas führte, versprach Portillo dem kubanischen Botschafter, dass sich Guatemala der Stimme enthalten werde. Am 17. April dann, kurz bevor die Stimmabgabe stattfand, rief Präsident Portillo persönlich den guatemalteken Botschafter in Genf an, um ihm zu befehlen, für die Verurteilung Kubas zu stimmen.

Dies alles ist nicht weiter erstaunlich, es liegt auch die Vermutung nahe, dass alles auf Druck der USA geschehen ist. Politisch brisant wurde es erst, als es hiess, all diese Informationen bezüglich der Stimmabgabe Guatemalas gegen Kuba seien indiskreterweise von Leuten aus dem engsten Umfeld Portillos an die Presse weitergegeben worden. Beschuldigt, dies getan zu haben, wurden der Leiter des Sekretariats für strategische Analysen (SAE), Edgar Gutiérrez, der Präsident der präsidentialen Menschenrechtskommission, Víctor Hugo Godoy, Luis Mijangos, Generalsekretär des Präsidenten und Rodrigo Carrillo, Sekretär für spezifische Angelegenheiten. Sie seien die einzigen Personen, die überhaupt auf diese Informationen Zugriff hatten, hiess es seitens der FRG-Abgeordneten im Kongress, von denen die vier zu einer Aussprache vorgeladen wurden. Konsequenz dieser Vorladung war, dass die FRG-Abgeordneten von Präsident Portillo forderten, Edgar

Gutiérrez zu entlassen.

Wenige Tage darauf reiste Portillo zu einem Staatsbesuch nach Japan und sein Stellvertreter, Vizepräsident Juan Francisco Reyes gab die Entlassung nicht Gutiérrez', sondern Víctor Hugo Godoy's bekannt. Der Grund für seine Entlassung sei klar, meinte Reyes, und bezog sich damit auf die Anschuldigung gegen Godoy und Gutiérrez.

Godoy selber bezeichnete seine Entlassung als einen politischen Schlag gegen die engen MitarbeiterInnen Portillos. Seit dem Skandal um die Fälschung des Alkoholgesetzes, in den Kongresspräsident Ríos Montt involviert ist, plane die FRG einen Vergeltungsschlag gegen Portillos AnhängerInnen und habe nun die Abwesenheit des Präsidenten dazu genutzt, diesen auszuführen.

Nach der Bekanntgabe der Entlassung Godoy's versammelten sich rund fünfzehn Portillo nahestehende Kabinettsangehörige, die alle nicht Mitglieder der FRG sind, um ihre Zukunft in dieser Regierung zu diskutieren. An dem Treffen nahmen neben Gutiérrez und Godoy u.a. der Leiter von CONTIERRA, Pedro Palma Lau, der Friedenssekretär Gabriel Aguilera, Jorge Pérez, Privatsekretär des Präsidenten und die Kulturministerin Otilia Lux teil. Die fünfzehn forderten die sofortige Wiedereinsetzung Godoy's, den Rückhalt Portillos und den Respekt der FRG und drohten mit einem geschlossenen Rücktritt, falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Unterdessen ist Portillo von seiner Reise nach Japan zurückgekehrt und enthält sich vorläufig jeden Kommentars.

Entlassung Godoy's als politischer Schachzug

Guatemala, 23. Mai. Die Entlassung des Präsidenten der präsidentialen Menschenrechtskommission, Víctor Hugo Godoy, wird von AnalytikerInnen als Teil des Streites der verschiedenen Fraktionen innerhalb der Regierung um die Macht innerhalb der Exekutive gesehen.

Ohne grosses öffentliches Aufsehen zu erregen, setzte sich der entlassene Regierungsfunktionär für die Anerkennung der staatlichen Verantwortung in verschiedenen Fällen von Menschenrechtsverletzungen ein. Damit strebte er eine politische Öffnung in diesem Thema an, die der Natur und den realen Positionen einiger Mitglieder der FRG widersprach. Doch die plötzliche Entlassung Godoy's hat tiefere politische Gründe als sein Engagement für die Men-

schenrechte oder die ihm unterstellte Verbreitung von Regierungsinternas.

Seit Anfang Jahr haben die Machtkämpfe innerhalb der Regierung zugenommen und das ihre zur politischen Krise und zum immer wieder zitierten "Zustand der Unregierbarkeit" beigetragen. In den vergangenen Monaten hatte vor allem die Position der *Alvaradistas* durch die Intervention ihrer beiden Banken und der *Ríosmonttistas*, wegen des Skandals um die Fälschung des Alkoholgesetzes gelitten. Nun scheint die Reihe an den *Portillistas*, bzw. derjenigen, die glaubten, eine 'linke' Enklave innerhalb der FRG-Regierung zu bilden, zu sein. Die Tatsache, dass die jüngsten Ereignisse in Abwesenheit Portillos stattfanden und obwohl dieser verkündete,

während seiner Reise würde es keine Veränderungen geben, verstärkt die Theorie, dass es in Guatemala zwar einen gewählten Präsidenten gibt, die Macht jedoch woanders sitzt. Es scheint, dass die FRG, das heisst, die Gruppe um Ríos Montt, langsam wieder Terrain gutmacht, sowohl innerhalb der Exekutive wie auch im Kongress.

Dass dies zu einem Zeitpunkt geschieht, zu dem wichtige Entscheidungen im Kongress anstehen und zu dem der Prozess im Fall Gerardi auf seine Endphase zuläuft, ist bedenklich.

Statt eine Politik des Dialoges zu verfolgen, wird eine Politik der Überraschungsschläge geführt und die Spirale der Unregierbarkeit dreht sich weiter und weiter.

Celgusa: Schwamm drüber und von vorne los

Guatemala, 19. Mai. Im Rahmen eines Besuches der Zellulosefabrik Celgusa in El Rancho, Progreso, erklärte der guatemaltekische Vizepräsident Juan Francisco Reyes zuversichtlich, der Verkauf dieses 'Sorgenkinds' stünde kurz bevor. Im Moment werde eine Schätzung über den Wert der Fabrik gemacht, danach würde sie auf dem internationalen Markt an den Meistbietenden verkauft, es gäbe bereits diverse Interessenten. Die guatemaltekische Regierung erhoffe sich, rund 70 Millionen aus dem Verkauf von Celgusa zu erhalten, womit eine Restschuld an die Spanische Regierung beglichen werden könne.

Bevor dieses düstere Kapitel internationaler Investitionen und Entschuldungsprogramme, von den einen auch Wirtschaftshilfe genannt, endgültig geschlossen wird, wollen wir noch einen Blick hineinwerfen:

1977 begann die *Corporación Financiera Nacional*, CORFINA, mit einem Darlehen der spanischen Nationalbank über damals 18 Millionen Quetzales, den Bau der Zellulosefabrik Celgusa. (CORFINA wurde 1970 gegründet, um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes anzutreiben, doch die Institution wurde zu einem Politikum und wurde immer mehr zu Privatzielen einiger Weniger missbraucht.)

Als 1982 guatemaltekische Umweltschutzorganisationen auf die gravierende Umweltbelastung einer Zelu-

losefabrik hinwiesen (Gewässerverschmutzung sowie Abholzung sämtlicher Holzreserven im Land) wurde das Projekt sistiert und die Fabrik nie in Betrieb genommen.

Im Verlauf der letzten 24 Jahre stieg die Schuld für den Bau von Celgusa auf 3946 Millionen Quetzales und wurde auf Verlangen der spanischen Regierung in eine Dollarschuld umgewandelt. Die Schuld wurde von der guatemaltekischen Nationalbank übernommen, ein Akt, der noch heute als illegal bezeichnet wird, da es nie einen entsprechenden Kongressentscheid gab. Entsprechend wird kritisiert, dass es sich nicht um eine Schuld Guatemalas sondern nach wie vor um eine Schuld CORFINA's gegenüber der spanischen Bank handelt.

Der Brand der spanischen Botschaft 1980 und die offene Schuld bezüglich Celgusa hätten die Beziehung der beiden Länder stark belastet und auch spanische Investoren von Guatemala ferngehalten, erklärte Finanzminister Eduardo Weymann. Deshalb kam ihm der Vorschlag sehr gelegen, den der spanische Präsident José María Aznar im März dieses Jahres anlässlich des internationalen Gebertreffens in Madrid machte. Aznar schlug ein 'Dreieckentschuldungsprogramm' vor, das beinhaltete, dass Spanien Guatemala die Celgusa-Schuld erlässt, falls Guatemala bereit sei, Nicaragua eine Schuld in der selben

Höhe zu erlassen.

Guatemala war nur allzu gerne bereit, auf dieses Geschäft einzutreten. Der Betrag der Schuld, die gegenseitig erlassen wird, beträgt 506 Millionen US-\$. (El Salvador, nach Mitch und zwei Erdbeben noch tiefer verschuldet, wurde ein ähnlicher Deal angeboten, jedoch von der Regierung El Salvadors abgelehnt.)

Nun reist also der Vizepräsident Guatemalas durchs Land und spricht vom Bombengeschäft, das mit dem Verkauf von Celgusa erzielt werden könne. Tatsache ist jedoch, dass es schwierig sein wird, einen Käufer für die Zellulosefabrik zu finden. Es gibt nämlich genau zwei Möglichkeiten, was mit der Fabrik gemacht werden kann:

Entweder sie wird in Einzelteile zerlegt und in ein Land gebracht, dessen Waldreserven etwas grösser sind als die Guatemalas. Oder es wird Holz, bzw. Rinde importiert (dazu, schlägt Vizepräsident Reyes vor, könne ja das stillgelegte Eisenbahnnetz Guatemalas wieder in Betrieb genommen werden) und die Fabrik bleibt im Land. Auf alle Fälle kann sie mit dem technologischen Standard, mit dem sie momentan ausgerüstet ist, nicht in Betrieb genommen werden.

Wie auch immer, der spanische Botschafter in Guatemala, Víctor Fagilde, hat bereits angedeutet, dass ein Kredit für die Aufnahme des Betriebs der Zellulosefabrik Celgusa durchaus im Bereich des Möglichen sei...

Neuer Anlauf für Steuererhöhung

Guatemala, 23. Mai. Nachdem die Diskussion um die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Sand verlaufen war, reichte die Exekutive am 13. Mai dem Kongress den Vorschlag für ein neues Steuerpaket ein. Mit dem Argument, es sei ein sozialer Vorschlag, da diese Steuern nur ein kleiner Teil der guatemaltekischen Bevölkerung (nämlich die Reichen) zu bezahlen hätten, wirbt Finanzminister Weymann für das neue Paket. Der Gesetzesvorschlag enthält die Erhebung bzw. Erhöhung von vier Steuern:

Die Abgaben für eine Fahrzeugnummer sollen verdoppelt werden von 100 auf 200 Quetzales (ca. 26 US-\$). Weiter sollen die Benzin- und Dieselpreise angehoben werden, indem die Preise dem täglichen Dollar-Wechselkurs angepasst werden. Dazu kommen auch neue Importsteuern auf Fahrzeuge. Als weiterer Punkt soll der Gebrauch von Mobiltelefonen teurer werden. Ebenso werden die Kommissionen auf Geldtransaktionen via Kreditkarte und

Scheck erhöht.

Verschiedene KritikerInnen des neuen Steuerpaketes weisen darauf hin, dass durchaus auch die ärmere Bevölkerung betroffen sei. So würde zum Beispiel die Erhöhung des Benzinpreises einen direkten Einfluss auf die Preise der Grundnahrungsmittel haben. Von den höheren Preisen für Mobiltelefongespräche sei rund eine Million Personen betroffen, die jeglicher sozialen Schicht angehören, erklärte die Vereinigung der Mobiltelefonbetreiber. Aber auch die guatemaltekische Handelskammer sprach sich gegen das Steuerpaket aus, da es für nationale und internationale Investoren unattraktiv sei.

Auch die URNG sprach sich dagegen aus. "Wir haben damals den Steuerpakt unterstützt, der irgenwo in einer Schublade verstaubt. Wir sind dagegen, einfach willkürlich irgendwelche Steuern zu erhöhen ohne ein umfassendes Konzept zu verfolgen", erklärte der Generalsekretär der URNG, Rodrigo Asturias.

Aber auch innerhalb der Regierung ist man sich uneinig über die vorgeschlagenen Steuererhöhungen. Einerseits werben Finanzminister Weymann und Erziehungsminister Torres dafür, mit der Begründung, dass der Staat sonst wichtige soziale Aufgaben nicht mehr erfüllen könne.

Andererseits befürchten aber oppositionelle Kongressmitglieder, dass die durch das Steuerpaket erzielten Mehreinnahmen nicht in die sozialen Ministerien, sondern z.B. ins Verteidigungsministerium abgezweigt werden. Diese Befürchtung ist nicht unberechtigt, wurde doch in diesen Tagen bekannt, dass das ursprüngliche Militärbudget von 836 Millionen Quetzales über undurchsichtige 'Umbuchungen' auf 1,12 Milliarden aufgestockt wurde.

Die Finanzkommission des Kongresses gab bekannt, das eingereichte Steuerpaket käme auf die Warteliste. Es dauere sicher zwei Monate, den Vorschlag zu analysieren und zu diskutieren.

Mordfall Gerardi: Byron Lima Estrada gibt sich selbstsicher

Guatemala, 15. Mai. Der Prozess im Mordfall von Bischof Juan Gerardi ist in seine Endphase getreten. Im Verlauf der seit dem 22. März 2001 dauernden Verhandlung wurden über 80 Zeuginnen vernommen, 13 TechnikerInnen der Staatsanwaltschaft legten die Ergebnisse ihrer Untersuchungen vor und mit elf Videoaufnahmen wurde versucht, den Tathergang zu rekonstruieren.

Im Moment fehlen noch neunzehn Aussagen von Personen, die sich bisher weigerten, vor Gericht zu erscheinen, wie z.B. der Innenminister Byron Barrientos, Ernesto Gálvez, guatemalteki-scher Botschafter in Argentinien, oder Howard Yang, ehemaliger Leiter des Sekretariats für strategische Analysen (SAE).

Während den Verhandlungen kam es immer wieder zu Drohungen und Attentaten gegen RichterInnen, StaatsanwältInnen, aber auch gegen ZeugInnen. Unter anderem wurden solche Drohungen auch von den drei angeklagten Militärs während ihrer Einvernahme ausgesprochen.

Die Aussagen der ZeugInnen der Staatsanwaltschaft und des erzbischöflichen Menschenrechtsbüros (ODHA) weisen eindeutig darauf hin, dass es sich bei der Ermordung Gerardis um eine von langer Hand geplante, politische Angelegenheit handelte. Die Beteiligung des Präsidialen Generalstabs (EMP) wurde durch ihre Aussagen eindeutig bestätigt, was seitens der angeklagten Militärs immer geleugnet wurde (wird).

Überhaupt ist es erstaunlich, mit welcher Sturheit vor allem der angeklagte Ex-Mayor Byron Lima Estrada seine Unschuld verteidigt und welche Geschichten und Verschwörungstheorien er sich zurechtlegt. Am 13. Mai erschien in der Tageszeitung *el Periódico* ein Interview mit ihm, aus dem wir hier einige selbstredende Aussagen zitieren:

- *Weshalb werden gerade Sie angeklagt, in den Mordfall Gerardi involviert zu sein?* - Weil die Limas schon immer AN-TI-KOM-MU-NIS-TISCH waren. Wir haben gegen die unterdrückerische Regierung auf der Insel gekämpft, die sich auch hier breit machen wollte. Was jetzt gegen mich läuft, ist ein Racheakt derjenigen, die auf militärischer Ebene verloren haben und jetzt ihren Kampf auf die politische Ebene verlegt haben.

- *Weshalb haben Sie bis zuletzt gewartet, um die Aussage Ihres Freundes, Mayor Edgar Carillo, zu präsentieren, der sagt, er sei in der Mordnacht bis*

gegen zehn/elf Uhr mit Ihnen zusammen gewesen? - Ich wurde ja nie danach gefragt! Die ersten Einvernahmen waren schrecklich für mich, die Richterin liess mich nicht ausreden. Ich kam hierher ins Gefängnis in der Annahme, es handle sich um eine Routinesache. Nun bin ich seit eineinhalb Jahren hier. Ich hätte längst fliehen können, aber da ich unschuldig bin, habe ich es nicht gemacht.

- *Sprechen wir von Chanax Sontay. Es gibt Leute, die immer noch an ihm zweifeln, es gibt aber auch Leute, die seinen Aussagen glauben und in ihm den wichtigsten Zeugen sehen.* - Nachdem er sechs oder sieben mal vor seinem Gewissen und dem guatemalteki-schen Volk geschworen hat, wer will noch an ihm zweifeln? Die PRESSE hat ihn hochstilisiert und das Volk glauben gemacht, die Limas seien Mörder. Es heisst, ich sei in der Umgebung des Pfarrhauses gewesen, habe Bier getrunken und die ganze Sache überwacht. Ich, Mayor Lima! Ich habe eine Ausbildung in militärischem Geheimdienst und bin nicht Polizist, um Dinge zu überwachen und ähnlichen Blödsinn zu machen. Und mein Sohn wurde ausgewählt, um Präsidenten zu begleiten und zu beschützen und nicht, um Bischöfe umzubringen.

- *Aber eigentlich haben Sie im Prozess einen schlechten Stand. Zuerst sagte Chanax Sontay, er sei von Ihnen angeworben worden, dann wurden die Fahrgeschilde identifiziert, die zu einer von ihnen befehligten Militärbase gehören und dann kam noch ein Zeuge, der aussagte, Gerardi sei in dieser Zeit vom Geheimdienst überwacht worden und...* - WER sagt das alles? Es ist die Presse, die das alles in schillernden Farben malt, die antimilitaristische Presse. Die Presse ist weder ehrlich noch objektiv, ich hoffe nur, dass SIE alles schreiben werden, was ich Ihnen hier sage!

- *Was geschieht, wenn die RichterInnen Chanax Sontay glauben?* - Das ist ihre

Sache und sie werden damit in die Geschichte eingehen. Weshalb fragen Sie nicht, was passiert, wenn sie uns freisprechen? Ich werde es Ihnen sagen: Dann werden die Köpfe rollen von Leuten wie Mario Polanco und Miguel Angel Albizures und all denen, die dann sagen werden, die RichterInnen seien bestochen worden.

- *Im Bericht von Monseñor Gerardi, dem REMHI, werden Sie beschuldigt, in Gebieten Militäroperationen geleitet zu haben, in denen Verbrechen gegen die Menschheit begangen wurden und...*

- Sprechen Sie mir nicht von Verbrechen gegen die Menschheit, was sind überhaupt Verbrechen gegen die Menschheit? Hier gab es einen Krieg und in einem Krieg wird geschossen und nicht Süßigkeiten verteilt!

- *Aber es kamen unschuldige Personen, Frauen und Kinder um.* - In jedem Krieg kommen Zivilpersonen um und im Vergleich zu anderen Kriegen waren es in Guatemala sehr wenige.

- *Glauben Sie, die Anschuldigungen des REMHI gegen Sie, können Ihnen etwas anhaben?* - Wie auch, diese ZeugInnen-aussagen sind alle gelogen. Das Militär hat nie die Lügen begangen, die das REMHI ihm anhängen will. 'Kinder vergewaltigen', 'Schwangeren Frauen die Bäuche öffnen'... alles Lügen!

- *Bereuen Sie nichts aus ihrem Leben?* - Etwas bereuen? Mein ganzes Leben war glücklich. Schauen Sie, was ich hier habe (ein Kruzifix und ein Medallion der Jungfrau Maria). Es ist der Wille Gottes, dass ich heute hier bin. Ob zu recht oder nicht: ich bin glücklich.

- *Haben Sie auch Defekte?* - Mein einziger Defekt ist, dass ich mein Vaterland zu sehr liebe.

- *Gibt es etwas, wovon Sie sich fürchten?* - Dass mich die Guerilla umbringt, wenn ich hier rauskomme.

presidenteportillo@gob.gt

Guatemala, 23. Mai. Mit der Idee, der Bevölkerung einen direkten Kanal zu ihrem Präsidenten zu eröffnen, richtete das Sekretariat für soziale Kommunikation des Präsidenten einen Internetanschluss für Alfonso Portillo ein. Obengenannte Adresse soll im Verlauf der nächsten zwei Wochen in Betrieb genommen werden und der Präsident werde persönlich und schnellstmöglichst die Fragen und Sorgen der Bevölkerung

beantworten, erklärte der Leiter des Sekretariats, Byron Barrera.

Personen, die keinen eigenen Internetanschluss haben, empfahl Barrera, die Computer in ihren jeweiligen Gemeindeverwaltungen zu benutzen.

Bald werde der guatemalteki-sche Präsident auch über eine persönliche Website verfügen, informierte Barrera weiter. Fijáte wird Sie über die Adresse auf dem laufenden halten!